

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Bürgerbeteiligung ist der CDU-Fraktion sehr wichtig. Dies beweist unser Antrag an den Gemeinderat, mit dem wir die Verfahren systematisieren wollen. Auch fühlten wir mit unserer Mobilitätsumfrage der Bevölkerung auf den Zahn, diskutierten mit Verkehrsexperten auf unserem Verkehrsforum und wollten im Unternehmergespräch hören, was man uns zu sagen hat.

Der Entscheid zu Stuttgart 21 zeigt, dass die CDU den Mehrheitswillen vertritt. Auch hat der Faktencheck zur Rheinquerung uns Recht gegeben, dass die Brücke überlastet ist. Mit der Initiative Zweite Rheinbrücke appellieren wir an die Vernunft aller Beteiligten.



Ihre

Gabriele Luczak-Schwarz
Fraktionsvorsitzende

Starker Rückhalt für die Initiative Zweite Rheinbrücke

Mit der Resolution ‚Initiative Zweite Rheinbrücke‘ wendet sich ein Bündnis an die Bundesregierung und die Landesregierungen beiderseits des Rheins. Die Initiative fordert eine zusätzliche Rheinquerung, um das Wirtschaftswachstum in der Region zu sichern. Bekannte Unternehmen unterstützen die Resolution, die von den Landräten Karlsruhes und Germersheims, dem Vorsitzenden des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein und der CDU-Fraktion Karlsruhe unterzeichnet ist. „Derzeit darf unsere Wirtschaft eigentlich gar nicht wachsen, weil weiterer Lieferverkehr zum Verkehrskollaps über den Rhein führen würde“, so Stadtrat Thorsten Ehlgötz. „Unternehmen wandern ab, wenn ihre Lieferwege nicht mehr funktionieren, und andere siedeln sich gar nicht erst an.“ Um das zu verhindern, hat sich die Initiative als Bündnis der Region gebildet, berichtet Stadtrat Tilman Pfannkuch. Durch die Ergebnisse des Faktenchecks zur Rheinquerung sieht das Bündnis sich bestätigt.



Zweite Rheinbrücke: Planfeststellungsunterlagen
(Regierungspräsidium Karlsruhe)

Bürgerbeteiligung Unternehmergespräch Verkehrsumfrage Vor Ort in der Südstadt



Seite 2



Seite 3



Seite 4



Seite 6

Reiseführer Karlsruhe bald auf dem Handy?

Unterwegs einfach eine Nummer wählen, und schon weiß man mehr über die Sehenswürdigkeit, vor der man steht. Diese Vision könnte Wirklichkeit werden. Der kulturpolitische CDU-Fraktionssprecher Stadtrat Käuflein: „Man steht vor einer Sehenswürdigkeit, zu der es dann eine spezielle Telefonnummer gibt. Wählt man die, bekommt man Informationen zu dem Objekt.“ International sollte es sein: „Die Texte müssten auf Deutsch, Englisch und Französisch zu hören sein“, so Stadtrat Sven Maier. Da moderne Handys auch QR-Codes lesen können, sollen Informationen auch auf diesem Weg ausgelesen werden. In den Codes stecken die Informationen selbst oder sie leiten auf eine Seite im Internet weiter, wo man mehr erfährt. Mit dem Handy-Reiseführer will die CDU-Fraktion Karlsruhe als Tourismusziel und als Messe- und Kongressstadt attraktiver machen.

Bürgerbeteiligung systematisieren!

Die Bürgerbeteiligung stärken will die CDU-Fraktion mit einem Antrag, dem der Gemeinderat zustimmte. Die Verwaltung soll ein Konzept erarbeiten, wie grundsätzlich bei Bürgerbeteiligungen vorgegangen werden soll – abseits aller bau- und planrechtlich ohnehin vorgeschriebenen Einbindung. „Versachlichen und alle Meinungsgruppen so eng wie möglich einbinden“, fasst Stadtrat Ingo Wellenreuther die Ziele zusammen. Der Beteiligungsprozess müsse in die Entscheidungen von Verwaltung und Gemeinderat eingebettet werden. Dies soll die Grundlage schaffen für eine frühzeitige, systematische und letztlich erfolgreiche Bürgerbeteiligung bei wichtigen Vorhaben der Stadt.

„Kyoto wird nicht am Rhein verteidigt“

Irritiert reagiert die CDU auf Ausführungen der Staatssekretärin für Verkehr Gisela Splett (GRÜNE) beim Faktencheck zur Rheinquerung. Splett sagte, dass über die Frage nach einer zweiten Rheinbrücke auch unter zwei weltpolitischen Gesichtspunkten entschieden werden müsse: Zum Einen, „ob das Vorhaben einer nachhaltigen klimafreundlichen Entwicklung“ diene, die angesichts des gefährdeten Kyoto-Klimaschutz-Protokolls vordringlich sei. Zum Anderen, ob die Sparzwänge im Bund nicht dagegen sprächen, Geld für eine weitere Rheinquerung auszugeben. Stadtrat Wellenreuther kritisiert diese Äußerungen scharf: Der Faktencheck habe bewiesen, dass über die bestehende Brücke dreimal so viele Fahrzeuge fahren wie ursprünglich geplant. Das Bauwerk ist darauf nicht ausgelegt. Experten stellten folglich auf dem Podium Argumente für die zweite Brücke vor, die Vertreter einiger Interessengruppen jedoch einfach bestritten. Auch Splett bezweifelte in ihrem Schlusswort die wissenschaftlichen Prognosen, nach denen das Verkehrsaufkommen ansteigen wird. „Wenn die Landesregierung auch nach dem Faktencheck noch gegen die zweite Brücke ist und sie unter keinen Umständen will, dann soll sie das endlich mal klipp und klar sagen und nicht so eine Bürgerbeteiligungsshow inszenieren“, so Wellenreuther. „Kyoto wird auch nicht am Rhein verteidigt, und über den Bundeshaushalt sollte man sich in Stuttgart nicht den Kopf zerbrechen, sondern wie man zur Rheinquerung steht“, fordert der Pressebeauftragte der Fraktion Detlef Hofmann.

Brunhilde-Baur-Haus gesichert

Das Brunhilde-Baur-Haus kann seine Arbeit fortsetzen. Das Haus wird auch in den nächsten vier Jahren finanziell von Bund und Kommune gefördert. Die CDU-Fraktion hatte sich dafür stark gemacht.

Behindertenbeirat

Mit dem Behindertenbeirat traf sich die CDU-Fraktion. „Im Vorfeld hatten wir für behindertengerechtere Haltestangen in den Straßenbahnen gekämpft“, berichtet Stadträtin Christa Köhler. „Und in acht Gebäuden – vom Rathaus West bis zur Lustgartenhalle Hohenwettersbach – wurden barrierefreie WCs eingebaut“, erklärt Stadträtin Karin Wiedemann. Es folgen Anlagen in der Stadtmitte, Wolfartsweiler, Durlach und Hagsfeld.

Den „Karlsruher“ ausweiten

Nach der Ausweitung der Sondermünze „der Karlsruher“ fragt die CDU-Fraktion in einem Brief die Erste Bürgermeisterin Margret Mergen, um die Firmen der Innenstadt zu stärken. Die Fraktion ist dafür, die Parkautomaten in der Innenstadt so umzurüsten, dass sie die Münze akzeptieren.

Nachgefasst



Foto: Freiwillige Feuerwehr Hagsfeld

CDU fragt nach Brandschutz-Unterricht

Für den vorbeugenden Brandschutzunterricht in den Grundschulklassen setzt sich die CDU-Fraktion seit jeher ein. Daher erkundigt sie sich nun in einer Anfrage im Gemeinderat nach dem aktuellen Sachstand. „Wir haben durchweg lobende Rückmeldungen von Schülern und Lehrern für den Brandschutzunterricht“, freut sich Stadtrat Rainer Weinbrecht: „Wir wollen diesen Unterricht auch künftig sichern und an allen Grundschulen sehen.“ Stadtrat Ehlgötz ergänzt: „Wir müssen also wissen, wie es um den Bedarf einerseits und die Anbieterkapazitäten andererseits steht.“ Daher stellt die CDU-Fraktion die Kernfrage nach der Auslastung der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr in diesem Bereich sowie den Aufwandsentschädigungen für die Brandschutzlehrer.

Unternehmergespräch der CDU-Fraktion im Karlsruher Osten

Viel los nach Ladenschluss im Forum der Firma Feederle in Hagsfeld: Abends öffnete der Büroausstatter seine Türen als Gastgeber des Wirtschaftsgesprächs, zu dem die CDU-Fraktion die Unternehmer im Osten eingeladen hatte. „Wir haben uns sehr gefreut, dass viele gekommen sind“, zeigt sich die Fraktionsvorsitzende Luczak-Schwarz zufrieden.

Den Auftakt machten Impulsvorträge hochkarätiger Politiker der Stadt. Für die CDU-Fraktion erklärte Luczak-Schwarz, dass die Fraktion den Meinungsaustausch sucht, um ganz direkt von den Unternehmern im Osten zu erfahren, welche Anregungen sie für die Politik haben. Die Situation des Mittelstandes beleuchtete ihr Stellvertreter Thorsten Ehlgötz. Der Wirtschaftsexperte der Fraktion zeigte sich mit der Entwicklung auf Unternehmensebene zufrieden, kritisierte aber deutlich einige Entscheidungen des Karlsruher Gemeinderats. Dazu zählt Ehlgötz die mehrheitliche Entscheidung gegen die zweite Rheinquerung und „eine Haltung bei den meisten anderen Fraktionen, nach der man sich als Unternehmer schon dafür entschuldigen muss, dass man Geld verdient“.



Rede und Antwort auf dem Podium: (v.l.n.r.) MdB Ingo Wellenreuther, Erste Bürgermeisterin Margret Mergen, MdL Manfred Groh, Stadtrat Thorsten Ehlgötz, Fraktionsvorsitzende Gabriele Luczak-Schwarz

Der Landtagsabgeordnete Manfred Groh betonte in seinem Vortrag „Die Nordtangente und der Autobahnanschluss“ wie notwendig diese Verkehrsader ist: „Nicht nur für unsere Unternehmen sondern auch als die versprochene Entlastung der Anwohner an der Südtangente.“ Grohs Kollege auf Bundesebene, Stadtrat Ingo Wellenreuther kritisierte bei seinem Vortrag „Rheinbrücke(n)“ das Verhalten der Landesregierung. Diese nehme mit Ihrer Ablehnung einer zweiten Brücke billigend in Kauf, dass der Verkehr über den Rhein kollabiert: „Beim großen Faktencheck haben zwei Tage lang ein halbes Dutzend Experten nachgewiesen, dass die Rheinbrücke so stark überlastet ist, dass es gar nicht mehr darum geht, ob der Verkehr in den nächsten Jahren um 5 oder 25 Prozent zunimmt – es kommt auf jeden Fall zum Kollaps, wenn nichts getan wird.“

Über ‚Die Gewerbeflächensituation‘ berichtete Bürgermeisterin Margret Mergen. Sie machte deutlich, wie gering der Spielraum geworden ist. Ein aktuelles Gutachten zeigt, dass es für die Wirtschaft zu eng wird. „Wir können den Unternehmen einfach zu wenig Flächen anbieten.“ Es müssen neue Gewerbeflächen ausgewiesen werden, damit ansässige Firmen wachsen können und auswärtige sich niederlassen wollen.

In der Diskussion meldeten sich die Unternehmer mit Anregungen und Fragen zu Wort. Ehrlich getroffen zeigten sich manche davon, wie negativ das Bild des Unternehmers in Teilen der Bevölkerung sei. „Wir arbeiten wirklich hart und fühlen uns verantwortlich für unsere Beschäftigten“, brachte es ein Firmengründer auf den Punkt: „Meine Angestellten sind doch mehr als nur Zahlen in der Bilanz!“ Viel Lob fand die Resolution der Initiative zur Zweiten Rheinbrücke, die mancher sofort unterzeichnen wollte. Das nächste Unternehmergespräch der CDU-Fraktion wird im Westen von Karlsruhe stattfinden.

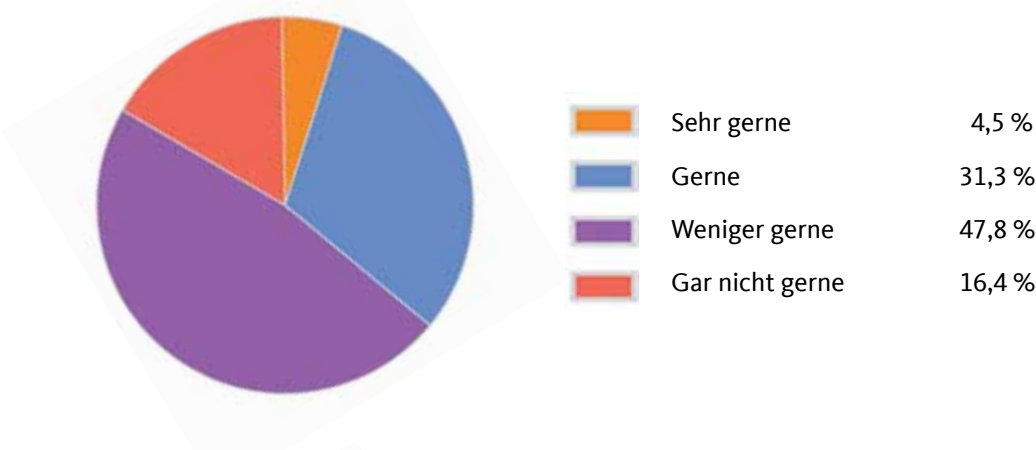


Das Forum der Firma Feederle

Ergebnisse der Mobilitätsumfrage

Im Sommer 2011 befragte die CDU-Fraktion die Karlsruher Bevölkerung mit einem schriftlichen Fragebogen zur Mobilität. „Wir stießen auf große Resonanz und bedanken uns hier bei allen, die mitgemacht haben“, sagt Fraktionschefin Luczak-Schwarz. Die Analyse zeigt: Autofahren in der Stadt ist eine Qual, da sind sich Autofahrer (64 %) und Radfahrer (69 %) einig. Dagegen sind 89 % der regelmäßigen Radler und 71 % der Autofahrer gerne mit dem Rad in Karlsruhe unterwegs. „Soweit herrscht Einigkeit“, berichtet Planungsfachmann Tilman Pfannkuch. „Doch richtig interessant wird es, wenn man sich mal die Urteile im Vergleich anschaut.“

1. Autofahren in der Stadt: Eine Qual? - Frage an die Autofahrer: „Egal ob als Fahrer oder Beifahrer: Wie gerne fahren Sie in Karlsruhe Auto?“



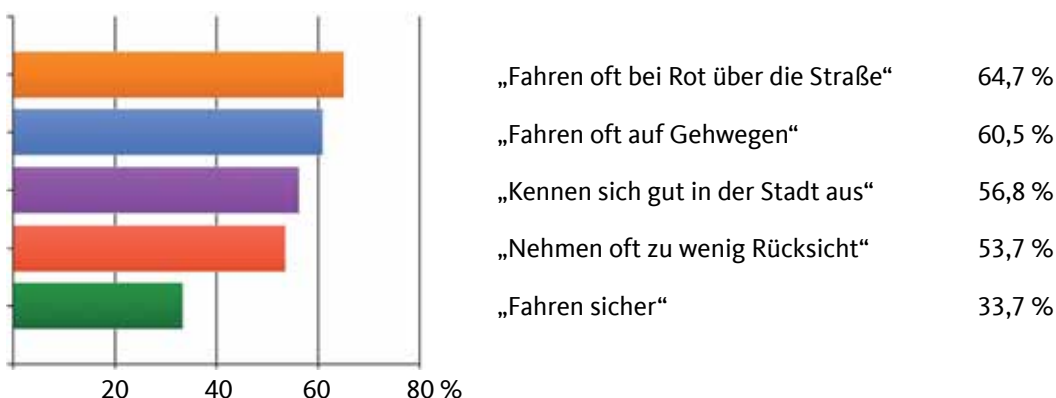
2. Fahrradstadt Karlsruhe - Frage an die Autofahrer: „Wie gerne fahren Sie in Karlsruhe Fahrrad?“



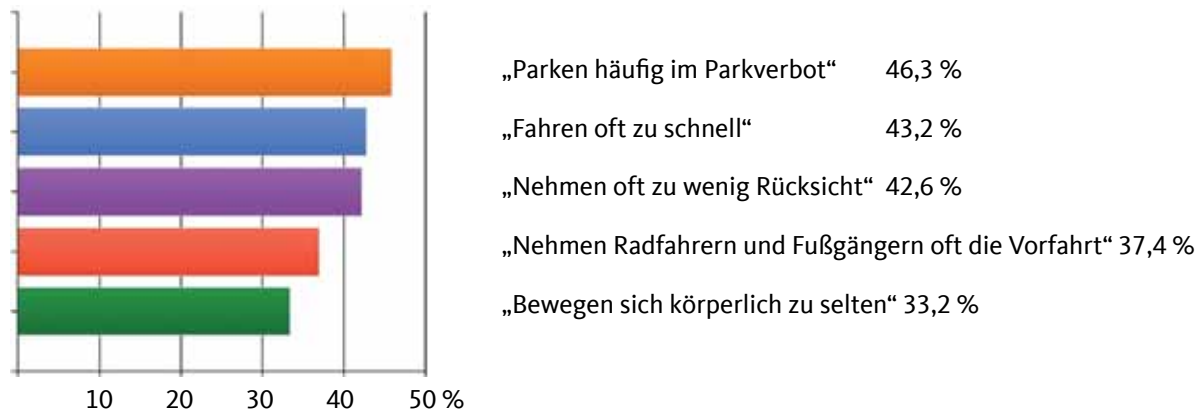
Urteile im Vergleich

Oft zu schnell, aber rücksichtsvoll – dies ist das Selbstbild reiner Autofahrer. Falschparker, Raser und Rücksichtslose sind dagegen aus Sicht der Allgemeinheit. Wenig verwunderlich ist es, dass die Radfahrer noch mehr Kritik äußern. Doch auch sie sind keine Unschuldslämmer, das geben sie selbst zu: „Ortskundig, sicher und doch gegen alle Regeln unterwegs – so urteilen regelmäßige Radler über Radfahrer in Karlsruhe“, erklärt Pfannkuch. Die Allgemeinheit urteilt schärfer (s. Grafik).

3. Rüpel auf zwei Rädern? - Frage an Alle: „Was trifft auf die meisten Fahrradfahrer in Karlsruhe zu, was würden Sie da alles nennen? (Mehrere Angaben möglich)“



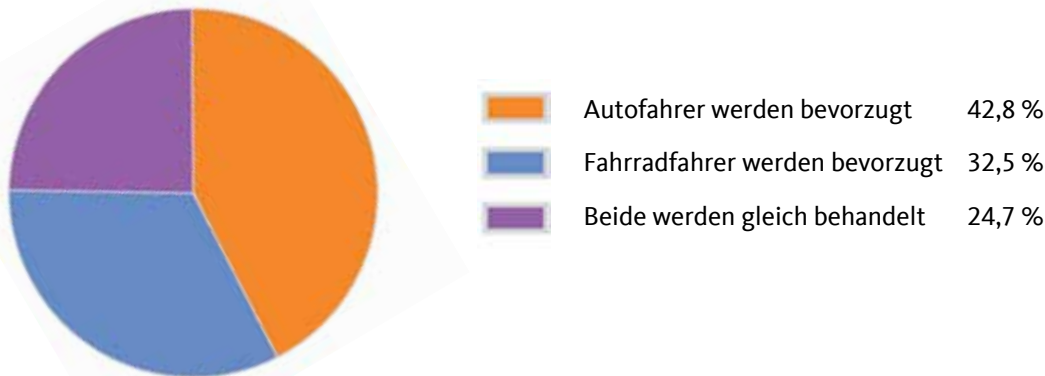
4. Rücksichtslose Autofahrer? - Frage an Alle: „Was trifft auf die meisten Autofahrer in Karlsruhe zu, was würden Sie da alles nennen? (Mehrere Angaben möglich)“



Sichtwechsel bei Sitzwechsel

„Und wenn es um die Verkehrsplanung geht, dann sieht jede Gruppe die andere bevorzugt“, fasst Luczak-Schwarz die Antworten zusammen. Dabei wechseln durchaus die Identitäten: „Je nachdem ob sich jemand vom Sattel hinters Steuer schwingt oder statt aufs Gas in die Pedale tritt.“ Während jedoch die reinen Autofahrer überzeugt sind, dass ihre Gruppe im Vergleich zu Radlern mehr Rücksicht auf andere nimmt (78 %), fällt das Urteil der reinen Radfahrer differenzierter aus: Für 40 % ist es unmöglich zu sagen, wer mehr Rücksicht nimmt, 27 % sehen keine Unterschiede und nur jeder Vierte sieht in den Radlern die rücksichtsvolleren Verkehrsteilnehmer.

5. Verkehrsplanung in Karlsruhe - Frage an Alle: „Zur Verkehrsplanung in Karlsruhe ganz allgemein: Werden da Ihrer Meinung nach die Autofahrer bevorzugt, oder die Fahrradfahrer oder werden beide gleich behandelt?“



Es kommt auf das Miteinander an

Besonders wertvoll sind die Anregungen der Befragten. „Es kam wirklich konstruktive Kritik“, freut sich Stadtrat Thorsten Ehlgötz. „Für viele ist die Verkehrsführung allgemein unzureichend und die Beschilderung ungenügend – das kann man ja ändern.“ Auch das Baustellenmanagement muss optimiert werden: Derzeit gibt es zu wenige aktuelle Informationen und eine teilweise schlechte Beschilderung.

„Letztlich geht es um die die Verteilung der Verkehrsfläche“, lautet das Fazit der Fraktionsvorsitzenden. „Und dabei kommt es entscheidend auf das Verhalten der Verkehrsteilnehmer untereinander an. Wir wollen keinen Schilderwald auf den Straßen, sondern klare Zeichen in den Köpfen setzen.“ Die CDU-Fraktion will die Integration der Verkehrsarten im Verkehrsraum vorantreiben, betont Pfannkuch: „Es darf nicht jeder gegen jeden und alle gemeinsam gegen die Fußgänger sein.“ Im Zentrum aller Stadt- und Verkehrsplanung müsse künftig die urbane Mobilität stehen. Dafür steht die CDU.

Eine Kurzpräsentation der Umfrageanalyse kann kostenlos bezogen werden über die Geschäftsstelle der CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe, Tel.: 0721/ 2 95 94, Fax: 0721/ 2 86 63, E-Mail: cdu@fraktion.karlsruhe.de



B. Meier-Augenstein, D. Hofmann, G. Luczak-Schwarz, Dr. A. Käuflein, J. Krug, Dr. T. Müller. Nicht im Bild: T. Pfannkuch und Dr. K. Heilgeist

Rede und Antwort: CDU-Gemeinderatsfraktion in der Südstadt vor Ort

Vor Ort war die CDU-Fraktion auf Einladung der CDU Südstadt. Im Bürgerzentrum diskutierten die Stadträte mit den Bürgern die aktuellen Fragen der Südstadt. Stadtrat Johannes Krug, zuständig für die Südstadt, sorgte dafür, dass besonders die Anliegen berücksichtigt wurden, die von der Bevölkerung in der Straßenumfrage der CDU Südstadt häufig genannt wurden. Hierzu hatte er sich mit dem jeweiligen Fachsprecher der Fraktion an das zuständige Amt gewandt und nachgefragt, wie die Situation beurteilt wird.

Zu den wichtigen Themen im Süden gehört die Nahversorgung. Hier konnte die Fraktionsvorsitzende Luczak-Schwarz berichten, dass in der Ludwig-Erhard-Allee bis 2012 eine Apotheke, Arztpraxen, Gastronomie und verschiedene Läden entstehen. Zur Betreuungssituation erklärt die familienpolitische Sprecherin der Fraktion, Bettina Meier-Augenstein: „Aktuell fehlen 87 Betreuungsplätze für Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Für Kinder, die zwischen Juni und August 2011 drei Jahre wurden, gibt es damit in der Südstadt keine Kindergartenplätze.“ Zwar entstünden nächstes Jahr weitere Plätze. „Doch selbst dann wird es nicht für jedes Kind einen Platz geben“, bedauert Sozialexperte Dr. Thomas Müller.

„Das darf nicht so bleiben, da ist noch viel zu tun.“ Stadtrat Dr. Albert Käuflein wies darauf hin, dass die dichte Wohnraumbauung es in der Südstadt schwer macht, jene Freiflächen zu finden, auf die Betreuungseinrichtungen besonders angewiesen sind. Besonders am Herzen lagen dem Publikum die sozialen Brennpunkte und die Sauberkeit des öffentlichen Raums. Beim Müll betonte Krug die gesellschaftliche Seite des Problems: „Da sind alle gefragt, damit ein breites Umdenken einsetzt. Die städtischen Reinigungskräfte können zwar saubermachen, aber sie können nicht in den Köpfen der Schmutzfinken aufräumen.“ Zu einem möglichen Umzug des Sportclubs ESG Frankonia an die Stuttgarter Straße berichtet Detlef Hofmann. Der sportpolitische Sprecher erinnert daran, dass die Stadt schon vor Jahren die Pachtverträge mit den ehemaligen Kleingärtnern gekündigt habe und dass der Boden dort entsprechende Belastungen aufweist. Zur ESG-Verlagerung betonte er, dass die CDU eine Lösung anstrebe, die der Großteil der Betroffenen mittragen kann. Dazu seien im Vorfeld Gespräche zu führen und die unterschiedlichen Interessenlagen zu berücksichtigen.

*Ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest
sowie Freude, Erfolg und Glück für das Jahr 2012
wünschen Ihnen Ihre Karlsruher CDU-Stadträtinnen und Stadträte:*

Gabriele Luczak-Schwarz
Thorsten Ehlgötz
Detlef Hofmann
Tilman Pfannkuch
Dr. Albert Käuflein
Bettina Meier-Augenstein
Dr. Thomas Müller



Ingo Wellenreuther MdB
Dr. Klaus Heilgeist
Christa Köhler
Johannes Krug
Sven Maier
Rainer Weinbrecht
Karin Wiedemann

Impressum

Herausgeber CDU-Fraktion im Gemeinderat Karlsruhe
Vorsitzende Gabriele Luczak-Schwarz
V.i.S.d.P. Frank Plamboeck, Fraktionsgeschäftsführer
Redaktion Frank Plamboeck, Detlef Hofmann
Fotos Frank Plamboeck, CDU Karlsruhe, Jörg Donnecker
Satz Harald Regele
Druck www.druckerei-murr.de

Anschrift Fraktionsgeschäftsstelle
CDU-Fraktion Karlsruhe
Hebelstraße 13
76133 Karlsruhe
Telefon 0721 - 2 95 94
cdu@fraktion.karlsruhe.de
www.cdu-fraktion-karlsruhe.de